

<b>Zeitschrift:</b>	Wohnen
<b>Herausgeber:</b>	Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger
<b>Band:</b>	84 (2009)
<b>Heft:</b>	1-2
<b>Rubrik:</b>	Recht

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 22.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**



Ruedi Schoch

**Schriftliche Anfragen an:**

SVW  
 Rechtsdienst  
 Bucheggstrasse 109  
 8042 Zürich

**Telefonische Auskünfte:**

044 362 42 40  
 Mo–Do 8.30–11.30 Uhr  
 ruedi.schoch@svw.ch  
 enrico.magro@svw.ch

# Revision des Mietrechts (1)

**An seiner Sitzung vom 12. Dezember 2008 hat der Bundesrat die Botschaft zur Änderung des Obligationenrechts (Schutz vor missbräuchlichen Mietzinsen) vorgelegt. Sie ist von Vermieter- und Mieterseite in ersten Stellungnahmen kontrovers beurteilt worden. Nachstehend geben wir einen Überblick über die vorgesehenen Lösungen (mit Fortsetzung in der nächsten wohnen-Ausgabe); eine Würdigung folgt später.**

Hauptanliegen ist bekanntlich und unbestrittenermassen die Entkoppelung der Mietzinse von den Hypothekarzinsen. Da weder die Einführung einer Marktmiete noch die Berechnung eines mietrechtlichen Anlagewertes politisch durchsetzbar sind, bestand einzig die Möglichkeit, den Mietzins mit dem Landesindex der Konsumentenpreise zu verbinden. Der Bundesrat schlägt diesbezüglich vor, dass Mietzinserhöhungen während der Dauer des Mietverhältnisses nicht missbräuchlich sind, sofern sie sich auf die Entwicklung des Landesindex der Konsumentenpreise unter Ausschluss der Wohn- und Energiekosten abstützen (Leitindex).<sup>1</sup>

**Knackpunkt Teuerungsausgleich**

In der «Verständigungslösung», die zwischen den Verbänden von Vermieter- und Mieterseite im November 2007 gefunden wurde, war noch ein hundertprozentiger Teuerungsausgleich vorgesehen. Prompt lehnte die Vermieterseite die Vorlage in ersten Stellungnahmen ab. So geht der Haus-

eigentümerverband Schweiz davon aus, dass der vorgelegte Gesetzesvorschlag nicht mehr dem Kompromiss der Vermieter- und Mieterorganisationen entspricht und demzufolge «gestorben sei». <sup>2</sup>

Der Bundesrat hatte zwischen drei ganz unterschiedlichen Positionen eine Lösung zu finden. Die eine verlangte die Berücksichtigung des vollen Teuerungsausgleiches auf der Basis des gesamten Warenkorbes, die zweite wollte den zulässigen Erhöhungssatz auf maximal achtzig Prozent des Indexanstieges beschränken und die dritte unterstützte eine hundertprozentige Indexierung, aber nur berechnet auf dem um die Wohn- und Energiekosten bereinigten Warenkorb. Im Vergleich mit dem bisherigen System führten aber alle drei Varianten zu höheren Mietzinsen, als sie nach dem heutigen Recht möglich gewesen wären. Der Bundesrat dürfte sich aus zwei Gründen für die gewählte Lösung entschieden haben: Einerseits wollte er verhindern, dass durch die vollständige Überwälzung die Teuerung ihrerseits wieder angekurbelt wird. Andererseits sollten die Energiekosten nicht ebenfalls doppelt teuerungsrelevant werden, da erhöhte Energiekosten dem Mieter bekanntlich auch über die Nebenkosten weiterverrechnet werden.

**Schwachpunkte des Indexmodells**

Unabhängig des gewählten Indexmodells geht die bundesrätliche Botschaft davon aus, dass ein Indexmodell eine ruhigere Mietzinsentwicklung bringen wird. Damit wird schliesslich auch der Mietzinsverlauf

sowohl für den Mieter als auch für die Vermieterin besser einschätzbar. Das Zinsrisiko verlagert sich aber von der Mieter- auf die Vermieterseite – sie wird jeweils im Einzelfall ihre Zinsrisiken abschätzen müssen. Dies betrifft vor allem Vermieterschaften mit ungünstiger Finanzierungsstruktur beziehungsweise hohen Hypotheken, die auch ein erhöhtes Liquiditätsrisiko aufweisen.

Ungünstig scheint (aus Mietersicht) auch die Tatsache, dass Indexmieten in laufenden Mietverhältnissen inskünftig kaum mehr sinken dürften. Dem steht wohl ebenfalls die Tatsache entgegen, dass gemäss heutigem Mietrecht die Mietzinse über einen längeren Zeitpunkt hin betrachtet auch nur angestiegen sind, dies auch unter Berücksichtigung der Tatsache, dass sinkende Hypothekarzinsen zu sinkenden Mietzinsen geführt haben. Als letztes Argument gegen eine Indexierung wurde jeweils ins Feld geführt, dass eine reine Indexierung nicht mit dem realen Mietmarkt übereinstimme und dass der tatsächliche Angebots- und Nachfragemarkt von anderen Preisen ausgehe. Dies wäre so, sofern nicht auch im Indexierungsmodell schliesslich Marktmietelemente eine Wirkung hätten. Letzteres liegt vor allem bei Mietzinswechseln vor, bei denen eine allenfalls zu tiefe Indexmiete innerhalb einer gewissen Bandbreite<sup>3</sup> erhöht werden könnte.

**Ausnahmeregelung für gemeinnützige Wohnbauträger**

Grundsätzlich findet im einzelnen Mietverhältnis nun das Indexmietzinsmodell An-





wendung, sofern kein anderes gesetzliches Modell zwischen den Parteien vereinbart worden ist. In Frage kämen diesbezüglich die sogenannten Staffelmietzinse.<sup>4</sup> Mietzinse von gemeinnützigen Wohnbauträgern können ebenfalls abweichend geregelt werden.<sup>5</sup> Gemeinnützige Wohnbauträger sollen ihre Mietzinse auch weiterhin nach dem Prinzip der Kostenmiete festlegen können. Damit können sämtliche Kostensteigerungen, namentlich auch Hypothekarzinsveränderungen, überwältigt werden. Der Gesetzesentwurf enthält die Grundvoraussetzung für die entsprechende Regelung, wobei die Ausgestaltung des eigentlichen Mietzinses in einer Verordnung des Bundesrates geregelt werden wird.

### Jährliche Mietzinsanpassung

Mit dem Indexmietmodell hat die Vermieterschaft das Recht, einmal jährlich eine Anpassung vorzunehmen. Selbstverständlich ist die gegenteilige Möglichkeit, dass der Mieter eine Mietzinssenkung infolge gesunkener Indizes verlangen kann, ebenfalls gesetzlich vorgesehen.<sup>6</sup> Als Basis der Indexierung sieht der Gesetzgeber den Indexstand bei Mietbeginn oder den Indexstand vor, der bei der letzten Mietzinsanpassung angegeben wurde. Unzulässig soll es neu sein, ältere und damit tiefer liegende Indexstände im Mietvertrag aufzunehmen.

Gemäss Entwurf können die Parteien vereinbaren, dass für eine Mietzinserhöhung jeweils ein bestimmter Indexstand

eines Monats massgebend ist. Wird kein Zeitpunkt vereinbart, so gilt als aktueller Indexstand jeweils derjenige nach jedem ganzen Jahr seit Beginn des einzelnen Mietverhältnisses. Mit dieser Regelung soll es dem Vermieter ermöglicht werden, die Mietzinsanpassung bei allen Mietverhältnissen derselben Liegenschaft zu vereinheitlichen. Bei Fehlen eines vereinbarten Indexstandes für die Erhöhung enthält der Entwurf die Regel (und Einschränkung), dass jeweils der Index gilt, der ein Jahr nach Mietbeginn vorliegt. Verhindert werden soll, dass saisonal bedingte Schwankungen des Indexstandes zu Mietzinserhöhungen führen. Als weitere beruhigende Massnahme sieht der Entwurf vor, dass Mietzinse höchstens einmal jährlich angepasst werden können. Anders lautende vertragliche Abreden würden als nichtig betrachtet. Als Notventil ist im Entwurf zudem vorgesehen, dass der Bundesrat den zulässigen Überwälzungssatz zu reduzieren hat, sofern der Index während zwei aufeinander folgenden Kalenderjahren höher als fünf Prozent ist.<sup>7</sup>

### Mehrleistungen des Vermieters

Selbstverständlich möglich bleiben Mietzinsanpassungen aufgrund von Mehrleistungen auf Vermieterseite, insbesondere auch energetischer Verbesserungen.<sup>8</sup> Der für die Verzinsung der Mehrleistungen anwendbare Satz wird dabei weiterhin der nunmehr bekannte Referenzzinssatz für Hypotheken sein. In diesem Zusammen-

hang ist aber eine neue einjährige Sperrfrist vorgesehen, die ab Mietbeginn zu laufen beginnt. Damit soll verhindert werden, dass eine Mieterschaft bereits kurz nach Mietbeginn mit unerwarteten Mietzinserhöhungen konfrontiert wird. Dieser Ausschluss von Mietzinserhöhungen ist aber nur wirksam, wenn die Vermieterschaft bei Vertragsabschluss die Arbeiten dem Mieter nicht schriftlich angekündigt hat. Dabei muss nicht der neue Mietzins bekanntgegeben werden, sondern es hat ein schriftlicher Hinweis auf die kommenden wertvermehrenden Verbesserungen zu erfolgen.<sup>9</sup> (Zweiter Teil folgt in *wohnen* 3/2009.)

1 vgl. Art. 269c Abs. 1 lit. a des Entwurfes

2 vgl. Medienmitteilung des HEV Schweiz vom 12. Dezember 2008

3 Ausführungen zum Vergleichsmietmodell folgen

4 vgl. Entwurf Art. 269e OR

5 vgl. Entwurf Art. 269g OR, der wie folgt lautet: Bei Wohnräumen gemeinnütziger Wohnbauträger und der öffentlichen Hand können die Parteien vereinbaren, dass der Mietzins nach dem Grundsatz der Kostenmiete festgelegt und angepasst wird. Der Bundesrat regelt die Mietzinsgestaltung.

6 vgl. Entwurf Art. 269d Abs. 2 OR

7 vgl. Entwurf Art. 269d Abs. 6 OR

8 vgl. Entwurf Art. 269f OR

9 Beispielsweise als Bemerkung im Mietvertrag wie folgt: Der Mieter nimmt zur Kenntnis, dass die Liegenschaft ab April 2009 umfassend saniert wird (Aussenhülle, Küchen und Badezimmer, Leitungen und Heizung usw.).

## In Kürze

### Revisionsrecht:

#### Frist für Opting-out bis 30. Juni 2009

Ein Verzicht auf die Durchführung einer Revision (Opting-out) kann nur dann rechtsgültig vorgesehen werden, wenn dies mit einem Eintrag im Handelsregister offengelegt wird. Damit besteht Gewähr dafür, dass die Revision der Jahresrechnung ihren Zweck (insbesondere den Schutz von Drittinteressen) wahrnehmen kann.

Ein rechtsgültig erklärtes Opting-out gilt grundsätzlich sofort. Konkret bedeutet dies, dass ein Opting-out, das spätestens vor der Genehmigung des Jahresabschlusses an der ordentlichen Generalversammlung beschlossen wird, die Genossenschaft ermächtigt, auf das Erfordernis zu verzichten, die Jahresrechnung durch einen Revisionsexperten oder einen Revisor prüfen zu lassen. Demnach kann die Genossenschaft das Opting-out für das Geschäftsjahr 2008 anlässlich der ordentlichen Generalversammlung im Jahr 2009 vor der Genehmigung der Jahresrechnung 2008 noch beschliessen.

Überraschenderweise sieht das Gesetz für die Genossenschaft keine Frist vor, bis wann eine Generalversammlung stattzufinden hat. Die Lehre verweist diesbezüglich auf das Aktienrecht (Art. 699 Abs. 2 OR). Art. 699 Abs. 2 OR sieht jedoch vor, dass die ordentliche Generalversammlung innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss des Geschäftsjahres stattzufinden hat. Diese Bestimmung ist zwingend.

### Fazit

1. Die Genossenschaft kann auf die Revision noch verzichten, wenn sie anlässlich der Generalversammlung 2009 das Opting-out für das Jahr 2008 vor der Genehmigung der Jahresrechnung beschliesst.
2. Entspricht das Geschäftsjahr dem Kalenderjahr, muss das Opting-out vor dem 1. Juli 2009 im Handelsregister zur Eintragung angemeldet sein.
3. Fehlt nach diesem Datum eine Revisionsstelle und wurde auch kein Opting-out zur Eintragung angemeldet, fehlt der Ge-

nossenschaft ein gesetzlich vorgeschriebenes Organ. Das Handelsregisteramt würde die Genossenschaft auffordern, diesen Mangel zu beheben. Bleibt der Vorstand der Genossenschaft untätig, würde das Handelsregisteramt dem Richter beantragen, die erforderlichen Massnahmen zu ergreifen.

Wichtige Schlussbemerkung: Der SVW empfiehlt seinen Mitgliedern, im Falle eines Opting-out dennoch mindestens eine «Prüfung» der Jahresrechnung (in welcher Form auch immer) durchzuführen. An dieser Stelle sei daran erinnert, dass der SVW die prüferische Durchsicht der Jahresrechnung anbietet (siehe [www.svw.ch/revisionen/dienstleistungen.php](http://www.svw.ch/revisionen/dienstleistungen.php)). Dringend angezeigt erscheint auch eine vorgängige Abklärung, ob Bestimmungen der eidgenössischen, kantonalen oder kommunalen Wohnraumförderung ein Opting-out überhaupt zulassen beziehungsweise welche Voraussetzungen diesfalls beachtet werden müssen.